



Ökonomische Schulbildung aus liberaler Perspektive: Thesenpapier vom 29.06.2014

1. Inhalte

Bei der Vermittlung ökonomischer Kompetenzen sind sowohl Kenntnisse über theoretische Grundlagen als auch das Verständnis für Prozesse von zentraler Bedeutung. Die schulische Ausbildung soll dabei in erster Linie dem humanistischen Ideal einer breit angelegten Wissensvermittlung entsprechen, darüber hinaus aber auch berufliche „Skills“ fördern.

Damit sollte bereits in der Grundschule begonnen werden. Grundlagen wirtschaftlicher Interaktionsprozesse können den Schülerinnen und Schülern bspw. spielerisch vermittelt werden. In den weiterführenden Schulformen sollten wirtschaftliche Inhalte teils fächerübergreifend behandelt werden, um den die vielen Interaktionspunkte zwischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu verdeutlichen. Entsprechende Kompetenzen der Lehrkräfte in den tangierten Fächergruppen müssen demnach vorhanden sein.

Darüber hinaus sollen auch Konzepte der Betriebswirtschaftslehre vermittelt werden, die aber eher ergänzend und vertiefend zu den Grundlagen wirtschaftlicher Gesamtprozesse zu betrachten sind.

2. Lehrerausbildung

Eine besondere Bedeutung identifizieren wir in der Ausbildung und Auswahl der Lehrkräfte. Diese sollen sowohl über fundierte fachliche Kenntnisse verfügen als auch pädagogisch in der Lage sein, das Interesse für die Inhalte zu wecken und das Verständnis wirtschaftlicher Vorgänge zu fördern. Gerade inhaltspezifische Kenntnisse sind der Erfahrung nach zu urteilen bei den Lehrkräften oft nicht im ausreichenden Maße vorhanden.

Verpflichtende Voraussetzung für die Lehrerausbildung sollte ein extern beurteilter „Stresstest“ für Bewerber sein, die möglichst frühen Einblick in den Unterrichtsalltag erhalten sollen. In dieser Ausbildungsphase müssen Feedback-Prozesse verbessert werden, die auch die Feststellung einer etwaigen Nicht-Eignung für den Lehrerberuf beinhalten. Auch Betriebspraktika für angehende Lehrer können sinnvoll sein, um das eigene Verständnis für unternehmerische Realitäten zu fördern. Zusätzliche Fortbildungsprogramme für aktive Lehrkräfte sollen ausgebaut werden. Vor allem die Finanzierung solcher Programme, die gegenwärtig noch einen hohen Eigenanteil aufweist, kann durch finanzielle Zuschüsse vereinfacht werden.

Auch Möglichkeiten für Quereinsteiger müssen verbessert werden, um fachlich versiertes Lehrpersonal an die Schulen zu bekommen. Bspw. könnte ein erster fachspezifischer Berufsabschluss durch eine didaktische Ausbildung ergänzt werden.

3. Strukturelle Rahmenbedingungen

Dieser Bereich steht unter dem Motto: Qualität durch Wettbewerb. Verbesserungsanreize müssen systemimmanent verankert werden. Insbesondere müssen dringend Kompetenzen an die Schulen, bspw. bezüglich Lehrerauswahl und Vergütung, an die Schulen zurückverlagert werden, die über eine professionelle Geschäftsführung verfügen sollten. Dies geht einher mit der Abschaffung der Beamtenstatus für Lehrkräfte. Verschiedene schulische Träger – öffentliche wie private – müssen bei der Begünstigung mit öffentlichen Zuschüssen gleichgestellt werden. Finanzielle Leistungen sollen sich dabei bspw. an der Schülerzahl orientieren. Auch ein Gutscheinsystem ist denkbar.

Hinsichtlich der Lehrplangestaltung sollten den Schulen weitreichende Freiräume eingeräumt werden. Standards bei der Vermittlung spezifischer Inhalte sollen sich im Zeitablauf entwickeln. Eine externe Qualitätssicherung kann bspw. auf Basis unabhängiger Gutachter oder Gütesiegel erfolgen.